

Bern

Zusatzverdienste nahe vor dem Aus

Eine Praxis, worüber die Regierung vor kurzem noch nicht diskutieren wollte, gerät innerhalb einer Woche ins Wanken: SP, Grüne und SVP verlangen, dass alle Nebeneinkünfte in die Staatskasse fliessen.

Marcello Odermatt, Matthias Raaflaub

Mit den Ankündigungen von Beatrice Simon (BDP) und Barbara Egger (SP), auf ihre Nebeneinkünfte als Regierungsrätinnen zu verzichten, ist im Kanton Bern eine Dynamik über die zusätzlichen Einkünfte von Regierungsmitgliedern und kantonalen Kaderangestellten entstanden. Innerhalb nur einer Woche ist eine bisher grosszügige, wenn auch gesetzlich korrekte Praxis ins Abseits geraten. Dazu haben die beiden mit ihrer Aktion am Sonntag, nachdem zuvor ein Regierungsrat in Basel zurückgetreten war, selbst beigetragen. Egger und Simon, die von den sieben Mitgliedern in der Exekutive am meisten Zusatzbezüge ausweisen, sind bereit, sich der Debatte, ob Entschädigungen von mehreren 10 000 Franken gerechtfertigt sind, zu stellen.

Eine Debatte allerdings, von der der Regierungsrat bis vor kurzem nichts wissen wollte. So erinnert SP-Kantonalpräsident Roland Näf an jenen Vorstoss, den er im letzten März im Grossen Rat eingereicht hatte und der in der Session im letzten November behandelt wurde. Damit verlangte Näf volle Transparenz über die Nebeneinkünfte aller Kadermitglieder des Kantons, zu denen Näf auch die Regierungsräte zählt, wie er sagt. Nur: Unter Federführung von Finanzdirektorin Beatrice Simon hat die Regierung das Begehren abgelehnt. Die Regierung berief sich auf Persönlichkeits- und Datenschutz, um «Einzelheiten über Entschädigungen und Nebeneinkünfte» nicht darlegen zu müssen. Das Thema schlug im Grossen Rat allerdings keine Wellen.

Näf greift Simon an

Gleichwohl ist klar: Die Nebeneinkünfte waren vor einigen Monaten sehr wohl im Regierungsrat traktandiert, der Vorstoss wurde dem Vernehmen nach aber discussionslos auf Antrag von Simon abgelehnt. Handlungsbedarf erkannte der Regierungsrat also keinen. Für Näf ist klar, dass dies auch auf Simon zutraf, da sie für das Geschäft verantwortlich gewesen sei. Dass Näf darauf hinweist, legt auf der Hand, ärgert sich der SP-Chef doch darüber, dass die BDP-Frau das Kollegialitätsprinzip mit ihrem Vorschlag am Sonntag geritzt und SP-Regierungsrätin Egger, die letzte Woche noch wenig Gesprächsbereitschaft signalisiert hatte, unter Druck gesetzt hat. Die Regierung hätte morgen Mittwoch diskutieren und ein gemeinsames Vorgehen beschliessen wollen, sagt Näf.

Was die Regierung morgen entscheiden wird, ist offen. Voraussichtlich wird sie über die Nebeneinkünfte von Regie-



Das es für die Mitglieder des bernischen Regierungsrats auch künftig noch Zusatzeinkünfte gibt, ist fraglich. Foto: Adrian Moser

rung und Chefbeamten Transparenz schaffen. Gestern sagte der Kommunikationsbeauftragte Christian Kräuchi auf eine «Bund»-Anfrage: «Wir sind bereit, dies zusammenzustellen, aber so kurzfristig ist es den Direktionen und der Staatskanzlei nicht möglich.»

Ausser Spesen nichts mehr

So oder so scheint jetzt schon klar, dass die Zusatzeinkünfte von Regierungsmitgliedern und wohl auch Chefbeamten ins Wanken geraten. Zumindest die zentralen Exponenten von SP, Grünen sowie der SVP verlangen Tabula rasa: «Jede zusätzliche Entschädigung gehört in die Staatskasse - auch diejenige der Chefbeamten», sagt SP-Chef Näf. Gleichzeitig gelte es aber auch, sich Gedanken zu machen über die Höhe der Löhne von Geschäftsführern von staatsnahen Betrieben wie etwa der BKW. Es könne nicht sein, dass ein Betrieb, der ganz oder teilweise dem Staat gehöre, Löhne zahle, die um einiges höher seien als jene der politischen Verantwortlichen. Dass die Sache erst jetzt virulent wird, stört Näf nicht. «Es ist nichts Unkorrektes pas-

siert. Das Reglement ist vom Grossen Rat verabschiedet worden. Und daran haben sich die Regierungsräte gehalten.»

Mehr politisches Gespür hätte hingegen Grünen-Präsident Blaise Kropf erwartet: «Spätestens die Debatte im vergangenen Juni, als über die umstrittene Erhöhung der Löhne der Grossräte diskutiert wurde, hätte für die Regierung ein Fingerzeig sein sollen.» Die Forderung von Näf teilt Kropf hingegen: «Vergütet werden sollen real anfallende Spesen. Sonst sollen sämtliche Entschädigungen komplett dem Kanton abgeliefert werden.» Es gebe keinen Grund, weshalb einige Regierungsmitglieder für ihre Vertretungen Entschädigungen erhalten, andere hingegen nicht.

Auch SVP-Fraktionspräsident Peter Brand kann einer möglichst klaren Lösung auf Anfrage viel abgewinnen. Mit dem bereits vergleichsweise hohen Regierungsratslohn dürfe man auch davon ausgehen, dass der Arbeitsaufwand in der Freizeit oder an Wochenenden mit eingerechnet sei. «Jeder Regierungsrat hat eine sehr anspruchsvolle und aufwendige Arbeit, aber mit 275 000 Fran-

ken wird man dafür auch recht entschädigt», sagt Brand.

BDP und FDP wollen keine Hektik

Grossrat Peter Studer (BDP) hat im Parlament bereits im September eine Motion eingereicht, welche eine Neuregelung fordert. Alle Einkünfte aus Mandaten, welche mit der Funktion als Kantonsvertreter verbunden sind, seien abzuliefern, schreibt er. Zusatzeinkünfte wären nur möglich, wenn die betreffenden Ämter vollständig ausserhalb der Arbeitszeit erfüllt werden können.

Andere Bürgerliche fordern, dass solche Fragen erst «ordentlich» geprüft werden, so etwa die Fraktionschefs von BDP und FDP. Sie tempieren das Thema auf Anfrage eher ab. Dieter Widmer (BDP) will «keine Formel übers Knie» und Adrian Haas (FDP) «nicht alle über einen Leisten brechen». Haas hält auch eine Plafonierung der Zusatzeinkünfte für eine mögliche Lösung. Widmer sieht das eigentliche Problem darin, dass mit den Anforderungen an die Verwaltungsräte auch die Sitzungsgelder massiv gestiegen sind.

Zur Sache

«Alternative zu Sitz im Verwaltungsrat»

Weshalb sind Entschädigungen für Exekutiv-Mitglieder in Verwaltungsräten plötzlich ein Thema?

Die Öffentlichkeit ist sensibler geworden bei allem, was mit Entschädigungsfragen zusammenhängt. In der Vergangenheit gab es eine Auslagerungsbewegung: bei Verkehrsbetrieben, Energie- und Wasserwerken, Rechenzentren oder Liegenschaftsdiensten. Man wollte Politik und Betrieb entkoppeln. Gleichzeitig hat

Adrian Ritz

ist Professor am Kompetenzzentrum für Public Management an der Universität Bern.

man sich aber den strategischen Einfluss mit dem Einsitz von Regierungsvertretern im Verwaltungsrat gesichert, was jetzt zu Problemen führt.

Sind Vertretungen ein alter Zopf?

Das kann man nicht generell sagen. Es gibt verschiedene Faktoren, die bei einer Entscheidung mitbedacht werden sollten. Man muss klären, wie hoch die strategische Bedeutung des Unternehmens ist. Wie viele Steuergelder fliessen hinein? Bietet der rechtliche Rahmen überhaupt Spielraum für die politische Einflussnahme? Hat der Staat ein Eigeninteresse, eine Aufsichtspflicht oder ist er gar Regulierungsbehörde?

Exekutivmitglieder spielen manchmal eine seltsame Doppelrolle.

Das kommt vor. Zum Beispiel steuert die Regierungsperson im Verwaltungsrat mit, sollte aber gleichzeitig die Unternehmung kontrollieren. Das ist problematisch. Oder sie will für das Gemeinwesen einen möglichst hohen Nutzen erzielen, obwohl das Unternehmen womöglich andere Prioritäten hätte.

Früher wurden Alt-Regierungsräte bei der Kantonalbank «deponiert».

Das ist zu Recht vorbei. Es braucht Fachkompetenz und Führungserfahrung. Bei amtierenden Regierungsräten in Verwaltungsräten ist zu fragen, ob sie heute noch genug Zeit haben, um VR-Geschäfte seriös vorzubereiten.

Sollte man Fachbeamte schicken?

Fachvertreter sind möglich, doch dann sind deren Kompetenzen klar zu umreißen. Ein Verwaltungsrat widmet sich der Unternehmensstrategie und dazu braucht es mehr als Expertenwissen. Es gibt übrigens Alternativen. In manchen Kantonen sitzen keine Regierungsräte in Verwaltungsräten. Mit einer gezielten Eignerstrategie und Eignergesprächen lässt sich der Kanton periodisch über den Geschäftsgang informieren. (mdü)

Bieler McDonald's-Räuber hatte einen Gehilfen

Erstmals kommt etwas Licht in den brutalen Raubüberfall auf eine McDonald's-Filiale in Biel im Jahr 2011.

Stefano Wissmann

Historisch ist die gestrige Verhandlung vor einem Bieler Einzelgericht lediglich ein Nebenschauplatz. Erstmals wurden dabei aber die Umstände eines Verbrechens beleuchtet, das im November 2011 die Öffentlichkeit erschütterte hatte.

An einem Montagmorgen, die McDonald's-Filiale in der Bieler Fussgängerzone war noch geschlossen, näherte sich ein untersetzter Mann mit einer Maske dem Restaurant. Angestellte waren bereits damit beschäftigt, vor dem Hauptingang sauber zu machen. Der Täter trat ein und forderte Geld. Plötzlich begann er mit einer Pistole wild um sich zu schiessen und verletzte dabei zwei Personen. Ohne Beute verliess er den Schnellimbiss panikartig.

Ein Grossaufgebot der Polizei riegelte daraufhin die Nidaugasse ab. Ein Rega-

schon am nächsten Tag konnte die Polizei Entwarnung geben. Sie hatte den Täter in seiner Bieler Wohnung gefasst. Der damals 42-jährige, nicht vorbestrafte Syrer war am 28. November 2011 jenes Restaurant überfallen, in dem er im Vorjahr selber acht Monate gearbeitet hatte. Er liess sich widerstandslos festnehmen und legte ein Geständnis ab. Auch die Waffe - eine in Italien als gestohlen gemeldete Pistole - wurde sichergestellt.

Haupttäter als Zeuge

Nun ist der Syrer des versuchten Mordes angeklagt, wie die Staatsanwältin bestätigt. Sein Gerichtstermin steht allerdings noch nicht fest. Gestern hatte er dennoch bereits im Amtshaus zu erscheinen - als Zeuge (wofür er übrigens sogar noch 20 Franken Zeugengeld kassierte). Wie sich im Laufe der Ermittlungen herausgestellt hat, gab es einen Gehilfen. Diesen hatte der Täter am späten Sonntagabend beauftragt, zu überprüfen, ob der McDonald's noch geöffnet sei. Als er ihm das per Handy bestätigte, machte sich der Syrer mit geladener Waffe auf den Weg. Am Ziel musste er allerdings

rigen Libanesen, den er als Freund bezeichnete, zu entlasten. «Ich übernehme die ganze Verantwortung», sagte der Täter. Es wurde dennoch klar, dass sein Gehilfe, der sich illegal in der Schweiz aufhielt und bei ihm wohnte, von den Plänen und der Schusswaffe wusste.

«Auch wenn er nur einen kleinen Beitrag zur Tat geleistet hat, hat er sich der Gehilfenschaft schuldig gemacht», stellte die Einzelrichterin fest. Sie verurteilte den Gehilfen zu einer bedingten Freiheitsstrafe von 18 Monaten. Insbesondere da er in einem italienischen Gefängnis acht Monate auf seine Auslieferung in die Schweiz warten musste, hat er seine Strafe unterdessen bereits fast verbüsst. Der Libanese wird voraussichtlich wieder nach Italien ausgeschafft, wo er die letzten 14 Jahre als Flüchtling gelebt hat.

Motiv ist weiterhin unklar

Unklar blieb gestern, ob es reine Geldgier war, die den Täter zu seiner ebenso dilettantischen wie folgenschweren Tat getrieben hat. Er hatte offenbar psychische Probleme, Geldsorgen und Schwie-

Kurz

Rüfenacht Sperlisacher-Initiative wird nun eingereicht

Rund 1150 Personen haben die Gemeindefürsorgeinitiative «Sperlisacher bleibt!» unterschrieben - fast doppelt so viele wie verlangt. Wie das Initiativkomitee mitteilt, werden die Unterschriften am kommenden Montag offiziell eingereicht. Die Initianten fordern, dass die Gemeinde Worb das Kirchgemeindehaus Sperlisacher in Rüfenacht rettet. Die Gemeinde soll künftig einen wesentlichen Anteil der Betriebskosten übernehmen. (pd)

Kehrsatz An der Aare werden zwei Hektaren Wald gefällt

Ab dem nächsten Montag werden im Bereich Selhofenzopfen an der Aare Rodungen vorgenommen. Es handelt sich um

Vorarbeiten für das Projekt «Hochwasserschutz und Auenrevitalisierung Selhofenzopfen», wie der Kanton Bern mitteilt. Im Rahmen des Projekts wird der Aaredamm verlegt. Damit können das Auengebiet aufgewertet und der Flugplatz sowie weitere Infrastrukturanlagen geschützt werden. Die Holzarbeiten betreffen gut zwei Hektaren Wald. Dieser wird nach Projektabschluss wieder aufgeforstet. Der eigentliche Baustart erfolgt im April. (pd)

Liebfeld Seit 10 Jahren werden Lebensmittel an Arme verteilt

Morgen feiert die Tischlein-deck-dich-Abgabestelle Liebfeld ihr 10-jähriges Bestehen. Jede Woche erhalten im Kirchgemeindehaus Thomaskirche über 160 arbeitsbetroffene Menschen für einen symbolischen Franken einwandfreie Lebensmittel, wie das Hilfswerk mitteilt. (pd)

Anzeige

**Übernahme
Maler- und Gipserarbeiten**